



Protokollauszug

zum AUSSCHUSS FÜR BILDUNG, SPORT UND SOZIALES

am Mittwoch, 15.12.2021, 17:00 Uhr, Kulturzentrum, Großer Saal (Hybrid-Sitzung)

ÖFFENTLICH

TOP 1

**Errichtung eines Warnnetzes mit Sirenen in der Stadt
Ludwigsbuurg
(Vorberatung)**

Vorl.Nr. 297/21

Beschlussempfehlung:

Der Fachbereich Feuerwehr und Bevölkerungsschutz wird mit der Errichtung eines Warnnetzes mit Sirenen im Stadtgebiet Ludwigsbuurg beauftragt. In der ersten Stufe fallen dafür Kosten bis zu 250.000 Euro an, von denen bis zu 210.000 Euro durch das Land gefördert werden können.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Moersch
Stadträtin Dr. Traub

Der Beschluss erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

EBMin **Schmetz** begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Die Sitzung findet in einem hybriden Format statt. Hierzu ist im Vorfeld die gewünschte Teilnahme abgefragt und auf Wunsch an die Stadträtinnen und Stadträte, die Presse und die beteiligten Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter ein Link verschickt worden. EBMin Schmetz prüft die Anwesenheit der Ausschussmitglieder vor Ort und digital. Online zugeschaltet sind Stadträtin Shoaleh und Stadträtin Wiedmann. Für die Bürgerschaft findet eine Übertragung in den kleinen Saal des Kulturzentrums statt. EBMin Schmetz ruft Tagesordnungspunkt 1 auf.

Der **Leiter** des Fachbereiches Feuerwehr und Bevölkerungsschutz geht auf die Vorlage ein.

Die gute alte Sirene sei zurück und werde wirksam warnen, merkt Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** an. Sie fragt nach dem Zeitraum der Installation.

Stadtrat **Prof. von Stackelberg** begrüßt die Rückkehr zur guten alten Technik. Allerdings wundert er sich über den Verteilmodus.

Der **Leiter** des Fachbereiches Feuerwehr und Bevölkerungsschutz geht auf die offenen Fragen ein.

Ein Installationszeitraum kann derzeit nicht genannt werden. Es gebe nur wenige Hersteller, sodass es möglicherweise durch das Förderprogramm zu einem Produktionsstau kommen könne. Zudem hoffe man, dass nicht alle Kommunen die Fördermittel abgreifen, so könnten sich eventuell die Fördermittel noch erhöhen. Bis Ende 2022 müssen die Sirenenanschaffungen installiert und abgerechnet sein. Der Fachbereichsleiter hofft auf eine Verlängerung des Förderprogramms.

Nach dieser kurzen Aussprache lässt EBMin **Schmetz** über die Vorlage abstimmen.

Beratungsverlauf:

Es erfolgt ein Bericht durch den **Vorsitzenden** des Arbeitslosenzentrums anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt.

EBMin **Schmetz** dankt für die wertvolle Arbeit und eröffnet die Aussprache. Die Betreuung und Begleitung sowie die Unterstützung auf verschiedensten Ebenen sei wichtig.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** dankt für diese sinnvolle und wertvolle Arbeit.

Stadtrat **Meyer** schließt sich dem Dank an. Die Arbeit werde sehr wertgeschätzt. Die Vielfalt der Anbieter von Beratungsleistungen sei wichtig und die Kooperation mit diesen sehr gut.

Stadtrat **Dengel** spricht ebenso seinen Dank aus.

Stadtrat **Prof. von Stackelberg** dankt auch. Die Initiative sei sehr wichtig und die Vernetzung sehr gut. Er fragt nach der Quote der vermittelten Arbeitsverhältnisse.

Stadtrat **Heer** lobt die wertvolle Arbeit und dankt.

Stadträtin **Schmidt** schließt sich an. Die Arbeit werde sehr geschätzt.

Die Anzahl der vermittelten Arbeitsverhältnisse werde nicht erhoben, antwortet der **Vorsitzende** des Arbeitslosenzentrums auf die Frage von Stadtrat Prof. von Stackelberg. Der Schwerpunkt liege bei den Langzeitarbeitslosen.

EBMin **Schmetz** wünscht weiterhin viel Erfolg und schließt diesen Tagesordnungspunkt.

Beratungsverlauf:

Der Abschlussbericht wird von einer **Mitarbeiterin** des Fachbereiches Bürgerschaftliches Engagement, Soziales und Wohnen anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt, vorgestellt. Die Koordinierungsstelle wurde für die Vereine zur Anlaufstelle, vor allem in Fragen zur Fördermittelakquise, Vereinsgründung und Veranstaltungsplanung. Bei Treffen konnten sich die Vereine untereinander vernetzen. Dass diese Vernetzung noch vor der Pandemie stattfinden konnte, sei gut gewesen. Aufgrund von COVID 19 konnte vieles nicht mehr so durchgeführt werden wie gedacht. Trotz Pandemie konnte ein positives Fazit über die dreijährige Projektarbeit gezogen werden.

EBMin **Schmetz** geht auf die Haushaltsberatungen und den aktuellen Antrag des Integrationsrats ein. Sie merkt an, dass der Antrag von DIE LINKE im Gemeinderat mehrheitlich abgelehnt worden sei. Das Projekt sei beendet. Heute erfolge der Abschlussbericht. Sie eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Shoaleh** schlägt vor, dass sich eine Gruppe aus dem Integrationsrat künftig um die Vernetzung zwischen den Vereinen kümmern könne.

Stadtrat **Meyer** vertraut hinsichtlich der Weiterführung den Vereinen.

Auch weiterhin werde kein Verein von der Stadt im Stich gelassen, so Stadtrat **Dengel**. Es bestehe immer noch die Möglichkeit bei der Verwaltung anzufragen. Aus finanziellen Gründen sei jedoch eine Weiterführung des Projekts leider nicht möglich.

Die Arbeit sei bemerkenswert, die Stelle jedoch projektbezogen, merkt Stadträtin **Metzger** an.

Stadtrat **Heer** dankt für die geleistete Arbeit und hofft, dass entsprechende Projekte in den Vereinen weitergeführt werden.

Stadträtin **Schmidt** geht auf den gestellten Antrag im Gemeinderat ein und bedauert, dass dieser dort abgelehnt worden sei.

EBMin **Schmetz** erteilt einem Vertreter des Integrationsrats das Rederecht. Das Gremium zeigt sich hiermit einverstanden.

Der **Vertreter** des Integrationsrats hält weiter an der Antragstellung vom 07.12.2021 fest. Er bedauert die Ablehnung im Gemeinderat und bittet darum, sich der Sache nochmals anzunehmen, sobald sich die finanzielle Lage entspannt habe.

Hierzu müsse ein neuer Antrag gestellt werden, merkt EBMin **Schmetz** an. Sie verliest den Antragstext und lässt über diesen abstimmen.

Nachfolgend der Antragstext:

„Wir bitten zu prüfen, ob Stellenanteile des Büros für Integration und Migration aufgestockt werden können, um die wichtige Koordinationsarbeit vor allem mit Vereinen weiterführen zu können.“

Der Antrag wird mit 1 Ja-Stimme, 7 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Beratungsverlauf:

Es erfolgt ein Bericht durch den **Leiter** des Fachbereiches Bildung und Familie anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt.

EBMin **Schmetz** geht auf die Auswirkungen der Pandemie in den Kinder- und Familienzentren ein. Vor allem bei den ergänzenden Beratungsangeboten und der fachlichen Begleitung sei viel weggebrochen. Die Umfrage habe die Notwendigkeit der Digitalisierung in der frühkindlichen Bildung unterstrichen. Sie eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Wiedmann** lobt die gute Zusammenfassung und dankt allen Beteiligten. Sie fragt, ob zu allen Eltern Kontakt bestanden habe. Weiter will sie wissen, ob die Leitungen in den KiFaZ auch digitalen Elternabendformaten offen gegenüberstehen. Zudem fragt sie nach dem durchgeführten Teamcoaching während der Pandemie.

Stadträtin **Dr. Traub** freut sich über die hohe Teilnahmequote. Die Chancen sollen herausgearbeitet und das Positive intensiviert werden. Die außergewöhnlichen Umstände seien durch Corona gegeben und beeinflussen die Weiterentwicklung.

Stadträtin **Moersch** dankt allen Fachkräften und Beteiligten für ihren Einsatz, persönliches Engagement und die hervorragende Arbeit. Mut, Zuversicht und Courage sowie Vertrauen in die Strukturen sei bei allen gefordert. Die Fachkräfte sollen gecoacht werden. Die Rückmeldung aus den Kinder- und Familienzentren sei wichtig. Probleme können so herausgearbeitet werden. Die sukzessive Wiederbelebung der Angebote sei wichtig.

Die Situation sei derzeit schwierig, berichtet Stadträtin **Metzger**. Die Mitarbeiter seien mittlerweile müde und ohne Elan. Durch die Pandemie fehlen zudem die jährlichen Highlights. Sie sieht zudem einen Ansatzpunkt für den Fonds „mit Power aus der Pandemie“.

Stadtrat **Meyer** geht auf die Netzwerkarbeit ein. Er fragt unter anderem nach der Vernetzung mit dem Stadtteilausschuss.

Der **Leiter** des Fachbereiches Bildung und Familie geht auf die offenen Fragen ein. Teilweise konnten Eltern schlecht erreicht werden. Der Mehrwert der Digitalisierung wurde erkannt und die Chancen herausgearbeitet. Fortbildungen seien während der Pandemie erschwert gewesen. Große Unterstützung erfolge im Coaching. Eine Vernetzung mit dem Stadtteilausschuss und den Vereinen sei vorhanden, durch die Pandemie jedoch erschwert.

abweichender Beschluss:

~~Das Elternbildungsprogramm KiFa (Kinder- und Familienbildung) wird eingestellt.~~

1. Das Programm KiFa wird 2022 weitergeführt.
2. Die Mittel werden in den Haushalt eingestellt. Die genaue Höhe wird nachgereicht.
3. Im ersten Quartal 2022 erfolgt eine Beschlussvorlage, wie das Programm KiFA mit weniger Mitteln weitergeführt werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung über den abweichenden Beschluss erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 10 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Beratungsverlauf:

EBMin **Schmetz** geht auf die Haushaltslage und die Stellungnahme der evangelischen Gesamtkirchengemeinde sowie die Stellungnahme des Integrationsrats ein. Die Entscheidung falle schwer. Man habe nach Projekten im Bildungssektor gesucht, die nicht direkt am Kind ansetzen, erklärte sie weiter.

Der **Leiter** des Fachbereiches Bildung und Familie geht auf die Haushaltskonsolidierung ein. Er lobt die Qualität und die lange Bewährung des Programms.

Die Eltern und Kinder müssen gestärkt werden, vor allem in der Pandemie, so Stadträtin **Wiedmann**. Das bestehende Angebot dürfe nicht gestrichen werden. Sie wird der Vorlage nicht zustimmen. Eine Weiterführung in einer abgespeckten Form sei denkbar.

Stadtrat **Meyer** kritisiert die Vorlage. Seine Fraktion werde nicht zustimmen und einen Antrag auf Weiterführung stellen. Zudem bemängelt er eine genaue Kostenaufschlüsselung. Er plädierte vehement für eine Fortführung des Programms, gerade weil es sozial belastete und bildungsferne Familien stütze. Es sollen Möglichkeiten gesucht werden, wie gegebenenfalls gespart werden kann, ohne den Fortbestand des Programms zu gefährden.

Stadträtin **Moersch** geht mit dem Vorredner mit. Die Arbeit sei sehr wichtig. Viele Strukturen bestehen, auch im Ehrenamt, fügt sie hinzu.

Das System sei eingeführt und funktioniere. Zudem seien viele Partner beteiligt, merkt Stadtrat **Prof. von Stackelberg** an. Eine Kappung sei verheerend. Man müsse diesen guten Weg weitergehen. Die Präventionsarbeit sei wichtig.

Stadtrat **Heer** wünscht ebenso eine Weiterführung, eventuell in einer kostengünstigeren Form.

Stadträtin **Schmidt** kann mit dem Verwaltungsvorschlag ebenso nicht mitgehen.

EBMin **Schmetz** erteilt dem Vertreter des Integrationsrats das Wort. Das Gremium zeigt sich damit einverstanden.

Das Ehrenamt bringt einen doppelten Gewinn, so ein **Vertreter des Integrationsrats**. Er appelliert,

das Projekt nicht einzustellen.

EBMin **Schmetz** stellt fest, dass das Gremium mit dem Beschlussvorschlag der Verwaltung nicht mitgehe. Sie geht erneut auf die Konsolidierungsmasse ein. Leider müsse man auch bei sinnvollen Projekten Einsparungen vornehmen.

Stadtrat **Meyer** formuliert einen geänderten Beschlussvorschlag, wie oben eingefügt.

EBMin **Schmetz** lässt über diesen abstimmen.

Der **Leiter** des Fachbereiches Bildung und Familie informiert den Fachbereich Finanzen.

Beschluss:

1. Der Förderung der Baumaßnahme „Erneuerung Fenster“ im Evangelischen Astrid-Lindgren-Kindergarten, Donaustraße 12, wird zugestimmt. Der Träger erhält für diese Maßnahmen einen Zuschuss in Höhe von bis zu maximal 21.764,62 €.
2. Der Förderung des Einbaus von Schallschutzelementen wird zugestimmt, der Träger erhält für diese Maßnahme einen Zuschuss in Höhe von maximal 3.839,13 €.
3. Der Förderung des Austausches der Beleuchtung im Gruppenraum wird zugestimmt. Der Träger erhält für diese Maßnahme einen Zuschuss in Höhe von maximal 3.631,69 €.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Beratungsverlauf:

Nachdem auf eine Aussprache verzichtet wird, lässt EBMin **Schmetz** nach einem kurzen Sachvortrag durch einen **Mitarbeiter** des Fachbereiches Bildung und Familie über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

4. Der Förderung der Baumaßnahme „Einbau von Schallschutzelementen“ im Evangelischen Kindergarten Friedenstraße, Friedenstraße 35, wird zugestimmt. Der Träger erhält für diese Maßnahmen einen Zuschuss in Höhe von bis zu maximal 10.083,58 €.
5. Der Förderung des Austausches der Beleuchtung wird zugestimmt. Der Träger erhält für diese Maßnahme einen Zuschuss in Höhe von maximal 4.732,12 €.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Beratungsverlauf:

Nachdem auf eine Aussprache verzichtet wird, lässt EBMin **Schmetz** nach einem kurzen Sachvortrag durch einen **Mitarbeiter** des Fachbereiches Bildung und Familie über die Vorlage abstimmen.

Beschlussempfehlung:

1. Den beantragten Änderungen des Betreuungsangebots laut Anlage 1 für das Kindergartenjahr 2022/23 wird zugestimmt.
2. Die Verweildauer zur Berechnung des Platzangebots im Rahmen der Bedarfsplanung in der Altersgruppe ab 3 Jahren wird von 3,5 Jahrgängen auf 4 Jahrgänge erhöht.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Der Beschluss erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

Nachdem auf einen Sachvortrag und eine Aussprache verzichtet wird, lässt EBMin **Schmetz** über die Vorlage abstimmen.

Beratungsverlauf:

Es erfolgt ein Bericht durch einen **Mitarbeiter** des Fachbereiches Bildung und Familie anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt. Das Angebot werde sehr gut angenommen. Als einen wichtigen Schritt in die digitale Zukunft und einen Meilenstein bei der Digitalisierung bezeichnet er diese Entwicklung. Fehlerquellen können deutlich reduziert werden. In der Anmeldemaske bekomme man automatisch nur Einrichtungen angezeigt, die die gewünschte Form auch anbieten. Zudem werden Mehrfachanmeldungen durch das Online-Verfahren vermieden. Die Eltern erhalten eine Eingangsbestätigung.

EBMin **Schmetz** sieht eine Erleichterung für die Eltern und die Verwaltung. Das Projekt hatte eine lange Vorlaufzeit und sie freut sich über die Umsetzung. Viele Fehlerquellen können hierdurch reduziert werden. Man erreiche in etwa 80% der Eltern. Eine Anmeldung in Papierform werde es weiterhin geben. Sie eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Wiedmann** freut sich über die Einführung und fragt ob die Anmeldungen direkt bei den jeweiligen Einrichtungen eingehen und ob freie Plätze einsehbar seien. Zudem will sie wissen, ob die Eltern eine Zusammenfassung der Anmeldedaten erhalten. Sie fragt zudem nach den Prozessen im Hintergrund.

Stadtrat **Meyer** spricht das Thema Datenschutz an. Die Kontakte und Informationsweitergabe zwischen Kindertageseinrichtung, Eltern und Verwaltung können hierdurch verbessert werden, auch für weitergehende Angebote.

Stadträtin **Moersch** lobt das gut durchdachte Anmeldesystem und wünscht weiterhin auch eine Antragstellung in schriftlicher Form.

Die Einführung sei sinnvoll und gut, so Stadträtin **Metzger**. Sie will wissen, wie lange die Daten abrufbar seien.

Die Einrichtung erhalte eine Bestätigung durch die Verwaltung, antwortet ein **Mitarbeiter** des Fachbereiches Bildung und Familie auf die Frage von Stadträtin Wiedmann. Die Anmeldung geht zentral bei der Verwaltung ein. Eine Downloadfunktion gebe es bisher nicht. Die eingegebenen Daten seien in der Bestätigungsmeldung an die Eltern enthalten. Ein Elternportal sei Mitte 2022 geplant.

Beschluss:

1. Die Verträge über die Leistungsvereinbarungen der Aktivspielplätze werden gemäß der in Anlage 1 beschriebenen Rahmenbedingungen neu geschlossen.
2. Die Verträge sind gültig ab dem 01.01.2022 für einen Zeitraum von zwei Jahren bis zum 31.12.2023.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Beratungsverlauf:

Es erfolgt ein Sachvortrag durch einen **Mitarbeiter** des Fachbereiches Bildung und Familie.

EBMin **Schmetz** eröffnet die Aussprache.

Die Einrichtung sei sinnvoll und wichtig, meint Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** und lobt die gute Arbeit. Die Bewegungsmöglichkeiten für Kinder werden durch Bauen und Parken stark eingeschränkt. Sie geht weiter auf die Matchingförderung, insbesondere auf die entfallene Erwirtschaftung durch den Weihnachtsmarkt, ein.

Stadträtin **Dr. Traub** findet dieses kostenlose offene Angebot ebenso wichtig und dies solle fortgeführt werden. Sie lobt das pädagogische Konzept. Naturerfahrungen sehe sie als besonders wichtig an.

Stadträtin **Moersch** lobt das niederschwellige Angebot und die großartige Leistung.

Stadtrat **Prof. von Stackelberg** dankt allen Beteiligten. Die Grün- und Bewegungsflächen sollen erhalten bleiben.

Stadtrat **Heer** geht mit dem Verwaltungsvorschlag mit. Er sei Mitbegründer des Aktivspielplatzes gewesen und freut sich über die Entwicklung. Das Angebot sei wichtig. Er fragt, ob der Bauspielplatz in Eglosheim in den Aktivspielplätzen subsumiert sei.

Nach dieser kurzen Aussprache lässt EBMin **Schmetz** über die Vorlage abstimmen. Der Aktivspielplatz sei Bestandteil der Jugendförderung und gehöre somit nicht zu den Zuschussnehmern. Das Matching und die wegfallenden Möglichkeiten treffe alle Einrichtungen.

EBMin **Schmetz** schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.